

Volkstimme

Eingelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Streise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertagen in Halle a. S. Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braubergstr. 17. Preis: 6002. Sparschilde täglich von 11-12

Verlag: C. Heybel'sche: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernr. 5407. Vertriebskonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 305

Halle, Mittwoch, den 29. Dezember 1920

Abgabepreis: Im abgepaltenen Umhüllungslos 20 Pf. Bestellen im Voraus. Derzeit 250 Pf. Einmalige Abnahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

4. Jahrgang

Ein Erlass gegen das „Streikfieber“ der Beamten.

Gegner sieht Def ins Feuer.

In der jetzigen Situation der Beamtenbewegung um Aufhebung ihrer Gehälter hält es der Reichsversicherungsminister für angebracht, folgendes Telegramm an sämtliche Zweigstellen, Generaldirektionen und Eisenbahndirektionen zu versenden:

Der Herr und Ihre Stabschef der Reichsregierung zur Frage des Beamtenrechts (siehe Reichsverwaltungsblatt 24) ist von den Herrn Präsidenten mit allem Nachdruck zu vertreten. Hierzu werden folgende Richtlinien gegeben:

1. Mit den Beamtenpflichten unvereinbar ist eine zum Streik treibende Tätigkeit von Beamten usw. in und außer dem Dienst. Die Vorkommnisse beim Kapp-Putsch haben den Beamten vollkommen die Köpfe verwirrt.

2. Streiktagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträumen ist unzulässig. Anschläge an Eisenbahngüter, die zum Streik aufrufen, sind zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften unter der Beamtenpflicht zum Zweck der Streiktagitation.

3. Die geeigneten Mittel zur Bekämpfung des Streikfieberr sind der Beamtenpflicht zu entnehmen. Dagegen gehört insbesondere Aufklärung über die schweren Folgen von Beamtenstreiks für den Einzelnen, für die gesamte Beamtenpflicht und ihre Stellung im Staat, für den Staatshaushalt, sowie für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.

4. Reichsregierung und Parlament haben die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und werden auch weiter auf eine Milderung dieser Notstände hinwirken. Die unbekannteren vorerwähnten Streikverordnungen dagegen scheinen nur eine Aufgabe zu haben, eine gerechte und löstliche die Bedürfnisse anzulassen, betriebliche Lösung der Befehlsfrage zu verhindern.

Dieser Erlass wird das gerade Gegenteil von dem befehlen, was Gröner damit bezieht. Er wird den Ausbruch des Beamtenstreiks mit seinen unheilvollen Folgen für das ganze Land nicht erschweren, sondern erleichtern. Weiter wird er die in Aussicht stehenden Verhandlungen, von denen die nachfolgende Meldung berichtet, nicht erleichtern, sondern erschweren.

Berlin, 29. Dezember. In den Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Deutschen Beamtenbund wurde einer Blättermeldung zufolge beschlossen, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichstagespräsidenten zu überweisen, in dem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Der Reichstagespräsident wird am 3. und 4. Januar in Berlin alle die Eisenbahnbeamten angehenden Fragen erörtern. Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter werden in den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen im Reichsfinanzministerium erledigt werden.

Der drohende Streik.

Die „Dena“ meldet aus Essen: In einer gestern abend abgehaltenen Kollaboration der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner wurde betont, daß weitere Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnorganisationen zwecklos seien. Man forderte als letzte Antwort den sofortigen Streik. Die Weber erklärten, daß sie ohne Rücksicht auf den Erlass Grönners ihre Forderungen festhalten werden. Es wurde beschlossen, in den drei nächsten Tagen im ganzen Bezirk eine geheime Urabstimmung stattfinden zu lassen, in der über den Streik entschieden werden soll. Schließlich wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der erklärt wird, die Eisenbahner würden alle gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen und dem Kufe zur Anwendung der letzten gewerkschaftlichen Mittel, wenn notwendig gemeinschaftlich und einheitlich Folge leisten.

Die Gehaltszahlungen an die Beamten.

Berlin, 28. Dezember. Die Reichsfinanzverwaltung hat Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung an die Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits zum 20. Januar ab erfolgt, damit nicht mehr als etwa ein Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Jahresgehalts verstrichen ist.

Not der Einnahme Stimmes.

Triest, 28. Dez. (Agenzia Stefani). In der Nacht lebhaftes Gewehr- und Kartschengewehrfeuer zwischen den italienischen Truppen und Legionären von Triest, aber ohne ernste Folgen. Heute hat General Cavaglia durch Flieger Luftzüge über Triest abwerfen lassen, die zur Einstellung des Bruderhändlers Kampfes auffordern.

Rom, 28. Dezember. Wie die Agenzia Stefani mitteilt, enthalten alle Gerichte über nicht ordnungsmäßiges Verhalten der Regierungstruppen vor Triest keine Grundlage. Die Truppen machen von den Waffen nur im Falle der

äußersten Not Gebrauch. Die Ausrückungen der Verbunden gehen einmütig dahin, daß die Regierungstruppen die ihnen erteilten Befehle, Befehlsabgaben von Eigentum und Personen, soweit nur möglich, zu vermeiden, aufgegeben befolgen. Aus der Zeit gerufen sind auch die von Triest aus vertriebenen Soldaten, die die Ausrückungen der Regierungstruppen genehmert hätten. Die Wannezucht der Regierungstruppen ist ausgezehrt.

Rom, 28. Dezember. (Stefani). Heute vormittag sind der Leiter der nationalen Verteidigung von Triest, Benvenuti und der Bürgermeister von Triest in Absprache mit dem General Ferrario zusammengetroffen. Da die beiden Delegierten der Regierung die Verhandlungen eröffnen wollten, ohne sich über ihre Stellung zum Verträge von Kapallo zu erklären, brachte General Ferrario in unangenehmer Weise zum Ausdruck, daß vollständige und zuverlässige Anerkennung des Vertrages die unerlässliche Vorbedingung jeglicher Unterhandlungen sei. Die Delegierten waren anscheinend von der Erzielbarkeit dieser Frage überzeugt und erzielten die Unterzeichnung eines neuen Zusammenkommens am nachmittag, um die Möglichkeit zu Beratungen in Triest zu haben. Die von den Delegierten erbetene Unterbrechung der Befehlsung wurde bewilligt.

Der Parteilager der französischen Sozialisten.

Sembats Rede in Tours.

Paris, 28. Dezember. Nach einem Privattelegramm der „Aller Nationalisierung“ konzentrierte sich das ganze Interesse der Sozialisten der französischen Sozialisten auf die Rede Sembats, der vergeblich die Konferenzteilnehmer in der Entwicklung zum Extremismus aufhalten wollte. „Wenn“, sagte er, „sich einer von euch ins Gefängnis wandern sollte, so werde ich es selbst mitgehen, bis dem Staatsanwalt die Waage in die Hand gegeben haben.“ Dann ließ er die Gestalt Jaures aufleben und erinnerte daran, daß die Wahrheit im Sinne des großen Lenin genau das Gegenteil ist von der Wahrheit im Sinne eines Lenin. Er schloß: „Ihr seid die Herzen und sagt Befehle, die uns zwingen, euch zu verlassen. Was euch innere Zerrissenheit will ich die unermüdliche Spaltung antun, nachdem ich 25 Jahre meines Lebens zur Wahrung der Einheit in der sozialistischen Partei geopfert habe.“

Man kann in der Tat nicht mehr an einer Spaltung zweifeln, weitgehend was die Sozialisten angeht, die sich unter der Devise: „Widerstand gegen Moskau“ vereinigt haben. Ueber Gruppe des Wiederaufbaus mit Konquist an der Spitze herrscht noch Zweifel; doch wird sie sich vermutlich gleichfalls den Extremisten trennen.

Der ehemalige deutsche Reichstagsabg. Weill erklärte in seinem Situationsbericht, daß Frankreichs reaktionäre Politik im Innern und Außen sich auf die Gemeinverfassung der schlagloshringenden Bevölkerung drücke, insbesondere herrsche eine erregte Stimmung über die Fortdauer der militärischen Ratten und die Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit, wie auch der Unrechtsfreiheit in den Schulen. Die Anzuehrendheit habe sich in einem solchen Grade gesteigert, daß es erklärlich sei, warum die sozialistischen Verbände sich in ihrer Mehrheit für den Anschluß an Moskau erklärt haben, obwohl sie keineswegs für den Bolschewismus schwärmen.

Tours, 28. Dezember. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des sozialistischen Parteitagess sprach der Deputierte Blum für die rechtsprechenden Sozialisten. Er erklärte, auch er sei ein Anhänger der Diktatur der Proletariats. Wenn man die Diktatur einer Partei und einer Klasse annehmen könne, so bedeute das noch lange nicht, daß man die Diktatur einer Gruppe von Individuen erdulden wolle; man wolle nur die zeitweilige Diktatur annehmen, damit das Proletariat die Möglichkeit habe, sich zu organisieren. Die Anhänger von Moskau aber seien für ein dauerndes despotisches System, weil sie den Terrorismus als ständiges Mittel annehmen wollten. Seine Anhänger seien der Ansicht, daß man alles unterliegen müsse, was neue Konflikte zu verhindern geeignet sei. Es seien also Anhänger der nationalen Verteidigung, die durchaus nicht unvereinbar sei mit dem sozialistischen Gewissen. Jetzt handle es sich nicht mehr um die Disziplin, die Sache sei angeht die neue Lage zu einer Gewissensfrage geworden. Jetzt müsse man frei bekennen, ob man die Dritte Internationale annehmen könne oder nicht; er könne es nicht. Blum verlangte, man solle sich, bevor man sich trenne, das Wort geben, daß in Zukunft nicht wie heute zu behandeln, die sich kämpfen und beschimpfen müßten, sondern wie Freunde, die augenblicklich voneinander getrennt seien, die aber dieselben eines Tages wieder ein gemeinsames Heim mittelbar gründen könnten.

Nach Blum sprach Kappaport für den Anschluß an Moskau.

Kollet nach Berlin zurück. Wie „Petit Journal“ mitteilt, wird General Kollet in den ersten Tagen des Januar auf seinen Posten in Berlin zurückkehren.

Gewerkschafter in der Wucherbestimmung

Von Dr. C. Falk

Leiter des Landespolizeiamtes beim Preussischen Staatskommissar für Volksernährung, Berlin.

Im Frühjahr 1919 stellte das Landespolizeiamt auf Veranlassung des damaligen Reichsernährungsministers Rob. Schmidt in der Stadt Berlin etwa 100 Gewerkschafter aus. Hierdurch sollte neben der gebotenen Verklärung der Kräfte des Amtes die Anteilnahme der breiten Schichten der wertschöpfenden Bevölkerung an der Wucherbekämpfung angeregt und ihr Verständnis für die so schwierigen Arbeiten gehoben werden. Auch in den Provinzen zog das Landespolizeiamt die Gewerkschafter heran, insbesondere zu der bis Spätherbst 1920 durchgeführten Nachprüfung der aus den besetzten Gebieten auf das rechte Rheinufer gebrachten Waren, der sogenannten Rheintarife. Hier waren zeitweise allein bis zu 200 Gewerkschafter tätig. Neuerdings ist dann das Landespolizeiamt auf dem linken Rheinufer mit der Aufstellung von Streikkolonnen in Stärke von 250 Mann aus den Reihen der Gewerkschafter vorgegangen, um mit ihrer Hilfe den wilden Schmutz gegen die hellhörigen Grenzen zu bekämpfen. Hier bedurfte die irdischen Polizeibehörden einer besonders tatkräftigen Unterstützung, da dort die Schutzpolizei infolge des Einpruchs der Internationalen Rheinlandkommission nicht verwendet werden kann. Dagegen genehmigte die die Ausrüstung der Gewerkschafter mit Karabinern und Pistolen, die wegen des bandenmäßigen Auftretens der meistens bewaffneten Schmutzler dringend geboten war. Zu diesen Aufgaben konnte daher nur auf solche Leute zurückgegriffen werden, welche als Soldaten im Felde gestanden hatten. Auf sonst würde das Landespolizeiamt auf die Heranziehung der Gewerkschafter durch die Polizeibehörden hin. Dies ließ sich zwar nicht überall erreichen, wurde aber in vielen Orten durchgeführt. So werden z. B. bei der Aufarbeitung der Groß-Berliner Polizeiverwaltung zurzeit etwa 40 Gewerkschafter beschäftigt.

Die Verwendung der Gewerkschafter in der Wucherbekämpfung hat naturgemäß starke Anfeindungen erfahren. Nach den Erfahrungen der nunmehr fast zwei Jahre können diese jedoch durchweg als unbegründet bezeichnet werden. Die Gewerkschafter haben aus ihren früheren Berufen reiche Kenntnisse des profanen Lebens und Erfahrung in der Beurteilung der Menschen und ihrer Beweggründe mitgebracht, welche sie wohl befähigen, auch nach kurzer Ausbildung erfolgreiche Arbeit im Polizeidienst zu leisten. Vor allem aber waren sie durch ihre gewerkschaftliche Schulung von der Wichtigkeit der Bekämpfung der von der Reichsregierung erlassenen gemeinwirtschaftlichen Vorschriften auch innerlich durchdrungen, für deren Durchführung sie sich mit harter Hingabe und unter Zurücklegung persönlicher Angelegenheiten einsetzten. Daß nicht alle Gewerkschafter in der Lage waren, den seit Jahren gesuchten Kriminalbeamten zu ersetzen, ist in der Natur der Dinge begründet. Das erscheint aber um so weniger auffällig, als die Zahl gewiegener und herzogregender gewiegener Kriminalbeamten schon von jeher eine geringe gewesen ist.

Nach Erledigung eines kurzen Ausbildungsganges wurden die Gewerkschafter im Anfang älteren erfahrenen Kriminalbeamten zur Hilfestellung zugewiesen und erst letztere, je nach ihrer Befähigung, zu selbständigen Arbeiten herangezogen. Aus ihrer Verwendung ist hier besonders erwähnt: die Überwachung von Konsumgenossen auf gewerkschaftliche Schleißhändler, die Kontrolle von Ladengeschäften und Wochenmärkten auf Einhaltung von Höchst- und Mindestpreisen und Beachtung der Vorschriften über Preisausgang, die Kontrolle von Wägen auf die Beobachtung der Bauvorschriften und die Beobachtung von Gast- und Schankwirtschaften auf die Einhaltung der Wirtschaftsschlußstunden. Besonders streifen überdies zeitweise die Lieferung der Kohlen in die einzelnen Betriebe und Haushaltungen vom Bahnhof und Lagerplatz bis zur Verbrauchsstelle. So konnten in einigen Fällen in diesem hinterherum bezogene Mengen von Kohlen bis zu 800 Zentner beschlagnahmt und der Allgemeinheit wieder zugeführt werden. Besonders tätigen Anteil nahmen die Gewerkschafter an der Verfolgung der Getreidebeschleissungen auf großen Gütern. Von sonstigen Unternehmungen ist hier die von Gewerkschaftern durchgeführte planmäßige Nachschau in den Schank- und Gastwirtschaften der größeren Ortschaften auf Einhaltung der gemeinwirtschaftlichen Bestimmungen, insbesondere der Wirtschaftsschlußstunden, erwähnt.

Um ein zahlenmäßiges Bild von der umfangreichen, von Gewerkschaftern geleisteten Tätigkeit der Gewerkschafter zu geben, seien hier die Mengen wiedergegeben, die eine kleine Kolonne Gewerkschafter auf mehreren Streifzügen in den küstlichen Vororten Groß-Berlins beschlagnahmt. Es waren dies 377 Stück lebendes Vieh, etwa 180 Zentner Fleisch, 36 Zentner Wurst, 27 Zentner Kaffee, 13 Zentner Schmalz, 29 Zentner Mehl, 166 Zentner Getreide, 22 Zentner Butter, 200 Zentner Zigaretten, 45000 Stück, Spirituosen 2000 Liter, Gemüselieferanten 95 Rillen, 206 Zentner Kupfer, 800 Zentner Kohlen, 1 Zentner Sagarin, Militärmunition 300 Stück. — Zwei vollständige Geheimdienstreifen für

Sperrstrafen. Bei der Rheinkontrolle beschlagnahmten die Grenzschützen in einem Monat Waren im Werte von über 110 Millionen Mark.
Bei ihrer Tätigkeit hatten die Grenzschützen mehrfach Gelegenheit, bei der Verfolgung gemeiner Straftaten mitzumachen. Bei der Verfolgung eines Schleihhändlers gelang es ihnen, einen gewerbsmäßig Einbrecher dingelt zu machen, welcher sich mit mehreren Tausendsten in Bauernwirtschaften zusammengetan hatte. Bei einem anderen Streifzuge gelang den Grenzschützen die Festnahme von drei Leuten, welche der Weichspitz gewerbsmäßig Kupferdrahtleitungen gestohlen hatten. Ueber zwei Zentner dieses wertvollen Stoffes konnten beschlagnahmt werden.
Der weitere Abbau der Zwangsbeschränkung stellt die Wucherbekämpfung der immer neue schwierigere Aufgaben. In ihr werden die Grenzschützen noch reiche Arbeit zu leisten haben.

Der Fall Keffel.

Herr von Keffel und sein Verteidiger, der berühmte „Recht“-Gutachter Dr. Max Meiberg, haben die Beweiskraft offenbar hauptsächlich zu sich genommen. Statt daß der famose Hauptmann froh ist, dank militärischer Mittel, bisher um die Weineinsparung herumgekommen zu sein, läßt er seinen Rechtsanwalt gegen die Staatsregierung loben, weil er glaubt, daß die preussische Regierung durch die „Freiheit“ eingeschüchtern, den Staatsanwalt anzuklagen habe, gegen den Beschluß der Strafammer, der das Verbot gegen sich einstellt, Beschwerde zu erheben. In diesem Zweck erfindet der Anwalt des Rechts die Behauptung, daß ein Ministerialrat sich mit der Sache befaßt habe und spricht von einem vertriehenen Recht. Keffel darauf, wegen seines Meinens nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Der Anwalt fügt sich dabei auf eine Instruktion des Justizministers an die Staatsanwälte, sie sollten im allgemeinen von solchen Beschwerden absehen. Diese Instruktion ist aber offenbar ein Beweis dafür, daß es sich hier nicht um ein vertriehenes Recht eines Verdrachser auf Strafrecht handelt, lediglich die Wahrheitsliebe, daß eine solche Beschwerde im allgemeinen wirlungslos sein wird, hat vermuthlich den Justizminister bestimmt, eine solche Instruktion zu erlassen. Durch Erlass Strafgesetze und Strafprozedur ändern, dazu ist ein rechtswidriger Ministerialrat nicht imstande, das können nur gesetzliche Minister „der Tat und Freiheit“. Wenn der Staatsanwalt trotz dieser Instruktion des Ministers und trotz der höchsten Ausprüche, daß deutsche Gerichte rechtswidrigen Verdrachser an den Argen gehen, es für nötig gehalten hat, den Einstellungsbeschluß gegen Keffel einer Nachprüfung unterziehen zu lassen, so ist er bewegener nur zu rühmen. Herr von Keffel hat nur ein vertriehenes Recht: wegen seines letzten Eides schuldig abgeurteilt zu werden, damit die Welt weiß, ob sie in ihm einen Weineidigen zu sehen hat, oder jemanden, der aus Versehen unter Eid lügliche auswirft. Denn, daß der Anwalt seiner eidlichen Aussagen unwahr gewesen ist, läßt sich dem „Recht“ darthun, und keine Schriftsätze eines Verteidigers werden daran etwas ändern.

Der geschätzte Wilhelm.

Die Freirechtslehre hat längst nachgewiesen, daß unsere heutige Justiz auf einer bewußten oder unbewußten Irreführung beruht. In den Urteilen wird der Ankläger erreicht, als ob das Gericht durch die Anklageurtheile der zugehörigen Gründe zu dem am Ende stehenden Urteil gelangt wäre. In Wirklichkeit ist es umgekehrt. Das Urteil ist meist im Kopfe des Juristen zuerst fertig, und erst hinterher sucht er sich die Gründe zusammen, mit denen es eventuell gestützt werden kann. Und nun besteht die Technik jedes halbwegs geschulten heutigen Begriffsjuristen darin, daß er alles beweisen kann, was er sich einmal in den Kopf gesetzt hat.
Vor vielen Jahren sollte ein sozialdemokratischer Redakteur einmal bestraft werden wegen eines Artikels, der sich gegen einen gewerbsmäßigen Streiftreppengänger richtete. Da aber der Artikel gar keine Handhabe bot, so verfiel schließlich das Gericht darauf, den Redakteur wegen Verletzung des Urheberrechts zu verurteilen. In dem Artikel waren nämlich auch die Verhältnisse des Verdrachser

zitiert, zu denen der Streiftreppengänger seine Siebenmonatskinder anwarb. In diesen Bedingungen erblöckte das Gericht ein Urheberrechtlich geschütztes Ereignis. Bahrheitlich reagierte sie in der Auffassung des Gerichts als Verdrachser beidseitiger Klasse noch nur „Gaul“ und „Wallenstein“.
Zeit den gleichen Sog wie ein Streiftreppengänger geniet auch der ehemalige Hängling ganz Deutschlands. Das Landgericht Berlin hat die einstweilige Verurteilung gegen den Verdrachser Berlin durch Urteil bestätigt, wonach der Verdrachser unterlag ist, den dritten. Von der „Bismarck“ werden die Gedanken und Erinnerungen, welche in diesem Bande Briefe Wilhelms an Bismarck eingeschlossen sind, die Wilhelm von 33 Jahren geschrieben hat, an denen Wilhelm aber ein Urheberrecht beansprucht. Das Gericht hat Wilhelm dieses Urheberrecht zuerkannt und die Herausgabe des dritten Bandes verboten.
Es fällt einem schwer, dieses Urteil juristisch ernst zu nehmen. Wird es von den höheren Instanzen bestätigt, so können 1/2 aller historischen Werke, die sich auch mit der Monarchie befassen, in der Gefahr, eingestampft oder verboten zu werden. Jeder historische Schriftsteller ist genötigt, seine Werke in den Händen der Verdrachser, Protokollanten, Dokumentale aller Art anzuhängen. Wenn jetzt die Verdrachser solcher Schriftsätze sich nach Wilhelms Vorbild auf ihr Urheberrecht berufen, so wird damit jede Geschichtsschreibung der neueren Zeit lahmgelegt. Da das Urheberrecht erst 30 Jahre nach dem Tode des Urhebers erlischt, so wären beinahe alle im Jahre 2000 historische Werke möglich, die sich erst nach und nach mit den Vorfängen des Weltkrieges oder der Revolution befaßen. Diese juristische Überhebung des Urheberbegriffes widerstreitet jeder Vernunft und jedem gesunden Menschenverstand. Man kann sie nur erklären, wenn man annimmt, daß im Unterbewußtsein des Gerichts der Wunsch den Verdrachser dirigiert, Wilhelm den Hohenzollern dank zu sagen, daß das vernichtende Urteil Bismarcks über seine Person bekannt werde.

Erzberger meldet sich.

Dem Organ der Christlichsozialen Partei, „Das Neue Volk“, schreibt Erzberger:
„Eben lese ich die Notiz in ihrem Blatte über meinen kürzlichigen Aufenthalt in München usw. Alle diese Behauptungen sind ein Irrsinn. Ich war in der Tat, seit mehr als sechs Monaten gar nicht in München. Das Ministerium hat verurteilt, ich nicht zu kürzen; seine Unvollständigkeit in der Entwaffnungsfrage kürzt es selber, recht wahrheitsgemäß auch das ganze deutsche Volk in schweres Unglück. Wie viele diplomatische Niederlagen hat sich unsere Regierung schon in dieser Frage geholt und wird sich noch holen, bis sie nachdrückt über das Ungehörige verliert. Nach der Rückkehr in den Reichstag sollte ich mich nicht, da ich kein Glied bin. Jetzt haben andere Männer wieder Gelegenheit zu zeigen, daß sie es besser können, ich habe nichts davon bemerkt, wohl aber Verstimmlung mangels Entschlossenheit und eines bestimmten Programms.“

Untertäniglicher Protest.

Die allerhöchsten Herrscher in Rußland über die kommunistischen Arbeiter der Welt haben geruht, die K. A. P. D. in Deutschland als „kommunistische Partei“ in die dritte Internationale aufzunehmen, natürlich ohne vorher der „Partei“ der kommunistischen Arbeiter der Welt und dem Tausig Komitee zusammen zu lassen, geschweige denn ihren vorerwähnten Part einzuholen. Die Vertreter dieser mächtigen Partei erheben nun in ihrer Presse einen allertüchtigsten Protest gegen dieses Verfahren. Es ist einfach rührend, wenn man im „Volkswort“ die Erklärung Lesis lesen kann, daß das jammer Wort „Herr schide, was du willst, was es Liebes oder Leides, ich bin vergnügt, da beides aus deinen Händen quillt“ diesmal nicht zur Anwendung kommen darf. Damit man aber einen noch besseren Einblick in ihre finstliche Aufnahmeweise tun kann, bekläre Lesi weiter: „Das Exekutivkomitee der kom-

munistischen Internationals aber muß sich dessen bewußt sein, daß diese Einseitigkeit unehren und seine Gesamtmission unehren verlorren gegangen ist.“ Das klingt ungefähr nach jener Bestimmung, die nach „schwerwiegenden“ Erörterungen im früheren kaiserlichen Reichstag eingeführt wurde, daß jeder bei Interpellationen beschließen dürfe, er sei mit der Antwort des Reichstages einverstanden oder nicht. „Ja, ja! Es ist eine „mächtige“ Partei, die kommunistische.“
Aber außerdem wagen sie in ihrer Not noch einen anderen Schritt. Sie verlangen auch eine Art spezifischer Freiheit nach Moskau zu senden. Aber aus diesem Vertrag schreiben sie ein spezifisches Stimm um Rat geworden. Sie wissen nun nicht, wie sie sich zur K. A. P. D. verhalten sollen. Sie befinden sich in einer „außerordentlich schwierigen und belasteten Lage“. Mänglich fragt das Schreiben bei Moskau bewegen an:
„Wir überreichen in der Anlage die letzten Presseerzeugnisse der K. A. P. D. und fragen: Sollen wir auf solche Elaborate in der gleichen Sprache antworten oder nicht?“
Das Exekutivkomitee wird nachher gebeten, sich zunächst einmal über eine „Regelung der Sprache“ der K. A. P. D. zu äußern. Denn:
„Ohne Information, wie wir sind, vermögen wir nach Moskau einmündig in den Verhandlungen zu laugen.“
Das offene Zugeländnis, daß ohne Information seitens Moskau höhere Ratgeber der K. A. P. D. nicht imstande ist, zu wichtigen Fragen prinzipielle Stellung zu nehmen, bedeutet blickartig die gerade klagliche Verfassung, in der sich die „starke“ vereinigte kommunistische Partei befindet.

Koeren.

Die Gestalt des von Weisbaden verstorbenen ehemaligen Zentrumsabgeordneten Hermann Koeren hat sich dem deutschen Volke unverlorenlich als der Typ des maderischen Gerechtigkeitssinns eingepreßt. In dem Kampf, den Koeren während seiner mehr als zwanzigjährigen parlamentarischen Tätigkeit gegen „den Schmutz in Wort und Bild“ führte, war sicher ein berechtigter und ehrlieher Kern. Aber dieser katholisch-orthodoxe Fanatismus bewußt einen viel zu engen Horizont, um zwischen unglücklichen Schicksal, der niedriger Genung entspringt, und höchstem künstlerischen Schaffen auf dem Gebiet des ernstlichen unterirdischen zu können. Koeren hobte mit gleicher Inbrunst die photographische Ferselei, die irgend ein geistlicher Kapitalist vertriebt, wie das Streben der modernen Kunst nach neuen Gerechtigkeitssinns. Was der ihm von Kindesbeinen eingepreßten Morallehre der katholischen Kirche widerstreitet, galt ihm als unethisch und mußte verboten werden, ob es sich nun auf künstlerischem Gebiet äußerte oder auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung. Im heftigsten tobe der Kampf gegen die Dunkelmänner Koeren'schen Schlags, als im Reichstag um die berühmte „Los Feinge“ gestritten wurde. Der Fall des Gerechtigkeitssinners Feinge sollte zum Anlaß genommen werden, um eine Reichsliste Strafbestimmungen gegen die Unethik zu schaffen, die sich aber in Wirklichkeit zum großen Teile gegen die Freiheit der Kunst und Wissenschaft richteten. So sollte z. B. bestraft werden, „wer ohne unglücklich zu sein, durch Wort oder Bild gräßlich das Schamgefühl verletzt“. Damit war jedes nicht unglückliche künstlerische Schaffen auf dem Gebiet der Erotik gefährdet.
Koeren schwamm damals in seinem Element. Er suchte den Reichstag für „Los Feinge“ zu gewinnen, indem er ihm eine Sammlung pornographischer Bilder vorlegte. Aber an dem hümmlichen Widerpruch aller künstlerischen und geistigen Kreise, namentlich aber durch das energische Verhalten der Sozialdemokratie scheiterte damals die „Los Feinge“ in ihren wichtigsten Teilen.
Koeren selber taugte freilich immer wieder mit neuen Gerechtigkeitssinnsanträgen auf. Aber schließlich ist er selber an seinem orthodoxen Fanatismus gescheitert. Er wollte das Zentrum zu einer konfessionell-katholischen Partei machen. Oder richtig gesagt, er wollte offen ausgeprochen wissen, daß das Zentrum eine solche konfessionelle Partei ist. Auf der Kölner Dienststags-Konferenz sammelte er das größte und gleichgültigste Fanatiker. Doch die Wölfe der Partei weigerte sich, die Wölfe Koeren's zu betreten. Da Koeren selber aber: trotz verschiedener Vermittlungsversuche nicht von seinem

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.
Von Wilhelm Bloß.
(39. Fortsetzung.)
Nachdruck verboten.
Eines Tages sah Solo sitzend auf einer Bank in dem kleinen Café, das hinter der Stadt liegt. Da er sich etwas fernab stehenden Cafés begleitet waren. Es waren ein Fräulein von Kuffhorn, die Tochter des früheren Ministers, und ein Fräulein von Landschaden, die Tochter des Oberhallmeisters. Sie hatten sich hässlich lächelnd vor Solo auf und Fräulein von Kuffhorn besterzte sie durch eine Vorgänge.
„Was wollen Sie?“ fragte Solo, gereizt aufspringend.
Fräulein von Kuffhorn sah ihren Bedienten herbeizellen und ließ auf dessen ruhende Füße verfallen, sagte sie:
„Wir wollen sehen, wie eine Dirne aussieht.“
„Sultan!“ rief Solo und die mächtige Dogge, die sich unmerklich im Gehäuf herumtrieb, kam in weiten Sprüngen herbei.
„Paß die Aristokraten!“ gab Solo. Der Saal rief hilflos schreiend aus, die Damen versuchten ihm zu folgen, aber die Dogge faßte zuerst Fräulein Kuffhorn und riß ihr die Ober- und Unterleiber ab, so daß die blaueidige Dame unglücklich in der Art entblößt dahinfuhr, wie man im Mittelalter Frauen, die sich gegen die Sitzenregeln vergangen, mit „gehrten“ Wäden“ durch die Stadt zu treiben pflegte. Auch das Kleingeldstück, das dem Solo am nächsten lag, hatten die schwarzen Zähne des Hundes zertrümmert, doch ohne daß die Dogge auch nur die geringste Verletzung dabei erlitten. Sie rief ein schredliches Sammergeheul aus, während sich die Dogge auf das Fräulein von Landschaden stürzte und diese in gleicher Weise zurichtete. Von dem Spöngelstücker Solo verfolgt, rannten die beiden Damen wie flüchtend der Stadt zu, wo Solo alsbald die Straßenjugend an ihre Fersen bestetzte und sie mit ungeheurer Häßlichkeit verfolgte. Ein unabsehbarer Straßenauflauf entstand, und die hochadeligen Fräulein mußten einmal erfahren, wie veracht sie beim Volke waren, denn niemand zeigte Mitleid mit ihnen. Alles johlte, höhnte, pöffte und grüßte ihnen her. Häßlich vor Angst und Verachtung langten die beiden Fräulein endlich im Hause des

Herren von Landschaden an und setzten ihre Bißbe den Wäden ihrer Verfolger.
Die Bürger ginsten dem Adel den Schwabernad, den ihm Solo gefiel. In der Stadt herrschte große Belertheit ob des Vorfalls, denn in politisch-erregten Zeiten pflegt man gegen Damen weniger zurückhaltend zu sein als sonst. Thiel brachte in seinem Blatte ein lustiges Gedicht, das den Vorfall schilderte, und jedermann, außer dem Adel, amüsierte sich daran: Solo gewann sogar etwas Popularität durch diese Affäre.
Der Herr war anfangs ungehalten, denn ihm ging die Sache zu weit, so sehr er auch mit dem Adelsfamilien verfeindet war.
„Tolle Strafe!“ sprach er. „Wenn nun Dogge Fräulein gebissen —“
„Das ist's ja gerade“, sprach Solo. „Statt mich zu tadeln, sollten Durchlaucht die Kunst anerkennen, mit der ich meinen Sulten bestritt habe. Daß's ihm denohbers eingepauert, wie man die Kleider abrißt, ohne zu verletzen.“
Da mußte Erich auch lachen, und sprach:
„Wunderliche Frauensimmer!“ sprach er. „Auf was wird Sie noch verfallen!“

Viertes Kapitel. Diktator Thiel.

Die Weltgeschichte geht ihren einmal gemessenen Weg und läßt sich dabei von geistlichen Züngerinnen so wenig aufhalten, wie von großen Staatsmännern. Auch Solos Weg weichte nicht aus, die verdrachsern Gerüstigkeit von Erich des Neunundneunzigsten Selbstherrschers in neuer Form wiederherzustellen. Als es in Frankfurt zur Wahl eines Reichsverwesers kam, da wählte die Versammlung in der Baukammer Erich, sondern den Erzherzog Johann von Österreich.
Das war ein schwerer Schlag für Erich; der Kaiserthron schwand dahin.
Er grüßte mit sich und mit dem Schicksal; auch mit Solo wollte er großen, als sie trübsand zu ihm in sein Kabinett geklopft kam.
„Der leberne Johann gemüht!“ rief er grimmig hervor.
„Zuletzt dachte ich mir das“, sagte sie, eifrig den Fächer handhabend.

„Soool!“ brummte er, gleich von Anfang nicht an meinen Eltern glaubt!
„Ach was, Stern!“ meinte Solo. „Als ich von Johanns Bewerbung hörte, dachte ich gleich, daß sie gefährlich sei.“
„Immer mein Prinzip gewesen, mein Volk glücklich zu machen!“
„Sie sah ihn mit einem unbeschreiblichen Blick an.“
„Daher der Name Prinzipienreiter!“ lachte sie. „Gewiß fallen Sie noch einmal unglücklich von diesem Gaul herunter.“
„Johann etwa vollbeschleier als ich?“ fragte er zweiseitig „Allerdings!“
„Der Herrt ungelte“ die Stirn.
„Er hat eine Bürgerliche gestralet, und diese große Tat hat ihn bei dem deutschen Bürgerthum beliebt gemacht.“
„Hm!“
„Hätten Sie das auch getan?“
„Unfinn! Unfinn!“
„Anna Bloß, die Volkshaltertochter von Wuffee, mußte eben auch den Augenblick zu erfassen. Als Erzherzog Johann zu Wuffee ankam und des Reichs durchaus weiter faßten wollte, war ihre Fräulein Anna in Positionenanzug und fuhr den Erzherzog. Sie gestel ihm in dem gelben Hofstaatsrad und den weißen Oberhofen so gut, daß er sie zu seiner Frau machte.“
„Na — und!“
„Na — das hätte ich auch so gut machen können!“
„Aber die Herrin weniger gut dargestellt!“ brummte Erich.
„Der Weg!“ sagte nun Solo gereizt und ging.
Solo kam nach und nach in die übelle Laune; die darthe Abweilung durch den Fürsten hatte sie gereizt. Sie mußte wohl, daß sie nichts anderes als seine Maitresse sein konnte, namentlich bei sie zugleich die Freundin ihrer Freunde war; allein sie mochte nicht gerne daran erinnert sein. Und der Herr hatte in so besorgendem Tone gesprochen, er, der sie früher sein Jümel nannte. Solo war nicht empfindlich und konnte die besten Späße vertragen, allein das Benehmen des Fürsten schien ihr anzudeuten, daß die Sonne seiner Gunst den Zenith überfliegen habe.
Von ihrer großen Dogge gefolgt, rannte sie in dem großen menschenleeren Park einher, um sich zu gestreuen. Allein es gelang ihr nicht. So, wenn sie nur jemand hätte, an dem sie ihren Gorn auslassen könnte!
(Fortsetzung folgt.)

Aus aller Welt.

6000 Oxyr.

Paris, 28. Dez. Nach einer Radio-Messung aus Buenos Aires soll das Erdbeben in Mendoza 6000 Oxyr gefordert haben. Der Sachschaden wird auf 50 Millionen Pesos geschätzt.

Oppeln, 28. Dez. Bombenattentat. In Bogisdror wurde heute gegen den Laden eines Kaufmanns ein schweres Bombenattentat verübt. Klüglich lag gegen die Bomben ein schwerer Gegenstand. Beim Öffnen des Ladens explodierte eine Bombe. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Letzte und Abkündigungspolizei trafen an Ort und Stelle ein. Die Verfolgung der Täter ist ergebnislos geblieben. Gegen den Geschäftsinhaber wurden schon seit Tagen Drohungen laut.

In Oxyra herfür heute angeführt einer für heute abend ein berufenen Polonoerfassung große Aufregung.

Ämtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S. Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Käse in der Lamottegasse am Donnerstag, den 30. Dezember 1920. Zusetzen zum Einkauf werden die Anbieter der Lebensmittelteile mit den Nummern 18 001 bis 20 500 vormittags von 8-12 und die Anbieter der Nummern 20 501 bis 23 500 nachmittags von 2-6 Uhr. Für jede Portion eines Hausbrotts werden 115 Gramm zum Freile von 1 Mark abgezogen. Der Lebensmittelteil ist vorauslegen. Abgeschliffenes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Hausbrotten im Markt am Freitag, den 30. Dezember 1920. Zusetzen zum Einkauf werden die Anbieter der Lebensmittelteile mit den Nummern 57 001 bis 65 000 vormittags von 8 bis 12 und die Anbieter der Nummern 65 001 bis 72 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelteilchens können an jede Portion der Hausbrotte mit gelb umrandeten Lebensmittelchens 150 Gramm Graubrotte zum Freile von 25 Pf. für 100 Gramm, ferner an jede Portion aller Hausbrotte 30 Gramm Trockenfein (Erlaubt für 5 Eier) zum Freile von 3 Mark für 50 Gramm, 2 Brote Milchbrotte zum Freile von 4 30 Mark und eine 1/2 Kilo-Dose Roggenbrot oder eine 1 Kilo-Dose Roggenbrot abgegeben werden. Der Preis einer 1/2 Kilo-Dose Roggenbrot ist 6 Mark, einer 1 Kilo-Dose Roggenbrot 11 Mark. Abgeschliffenes Geld ist bereit zu halten.

Weißenfels
Erhöhung des Schulgeldes für die auswärtigen Schüler der hiesigen Oberrealschule und des Gymnasiums.
Gemäß dem Ministerialerlass vom 9. November ds. Js. sollen die jährlichen Körpergaben am 10.-21. Dezember ds. Js. beschließen, von den auswärtigen Schülern der hiesigen Oberrealschule und des Gymnasiums zu dem Schuljahr von 500 Mk. jährlich vom 1. Oktober ds. Js. ab einen Zuschlag von 100 Mk., 20% zu erheben. Hiermit wird also das Schulgeld für die auswärtigen Schüler vom 1. Oktober 1920 ab 600 Mk.
Weißenfels, den 24. Dezember 1920.
Der Magistrat.

G. H. Fischer, Bankgeschäft,
Begründet 1894 Alle Promenade 26, Fernruf 6893
empfehlend sich für alle bankmäßigen Geschäfte.

Freitag 31. Dezember
Erster Tag!
Harry Piel's
erster Monumental-Sensations-Film
Das fliegende Auto
Tollkühne Abenteuer eines Vielgesehnen!
6 spannende Akte!
Eine Attraktion allerersten Ranges!!
Donnerstag letzter Tag:
Das Karlsruher Schlager-Lustspiel **Hohheit auf der Walze** sowie **Puppen des Todes.**
Einlass 3/2 Uhr. Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater
Tagl. 7^{1/2} Uhr
Kiefernberg
Der sensationelle Operetten-Platz
Der letzte Walzer
Operette in 3 Akten von O. Strauß.
Komponiert von Max Reger
Bühnenbild von
Stadt-Theater
Donnerstag, d. 30. Dez., Abt. 7^{1/2} Uhr.
Die Gezelehen
Freitag nachm.: **Die Husekutschin.**
Freitag abend: **Hohheit tanzt Walzer.**

Akademiker und Sozialdemokratie
Von Wally Deyler. Preis Mk. 1.10
Die Broschüre ist eine Einführung in die geistige Welt des Sozialismus. Sie setzt, wie der Geist im Kapitalismus den Worten nach frei, der Tat nach aber in seinen Gedanken ist. Die nur der Sozialismus lösen wird.
Buchhandlung „Volksstimme“
Große Ulrichstraße 27.

Chr. Glaser
Gr. Klausstr. 24.
Sehr preiswerte Spar-Kochherde Dauerbrandöfen Pat.-Grüdoöfen gabels. Waschkessel
Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr.

Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus.
Von V. Lenin.
Preis M. 2.50 u. 20.00 T.
Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27.
Bestellungen nehmen alle Austrägerinnen entgegen.

Silvesterpunsch,
Jamaica-Rum, Arrac de Batavia, Cognac Weinbrand, Bordeaux- und Burgunder-Rotweine, in bekannter guter Qualität.
Ottomar Brehmer Nachf., Karl Schulze,
Weingroßhandlung und Likörfabrik, obere Leipzigerstr. 43.

Weinstuben
Schulze & Birmer
Sophienstrasse 1.
Nahe am Stadttheater
Fernsprecher 2377
Bewirtschafteter Otto Ryssa.
Behagliche Räume
Vorzügliche Weine
Sorgsamste Küche

Starke dauerhafte Rucksäcke
sehr preiswert bei **H. Krasemann,**
Leder-Spezialgesch.
nur Schmeerstr. 19

1921 Neujahrskarten 1921
Knallbonbons, Silvester-Scherzartikel, Abreiss- u. Lesekalender in großer Auswahl.
Albin Hentze, 24 Schmeerstraße 24.

Seefische
sind bedeutend billiger!
Kabliau o. Kopf Pfl. 2,80 Mk.
Goldbarsch o. Kopf „ 2,60 „
Roitzunge, grosse, „ 3,50 „
Für Silvester empfehle:
Lebende Spiegel-Karpfen.
Prima Voll-Heering, zart u. weissfleischig.
Karl Pfeiffer,
Neumarktfischhalle,
Geiststrasse 33. Tel. 6988.

Holzpanzertoffeln
starkes Lederblatt (Friedensware)
Hefert billig!
Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Reparaturen an Uhren Golds- und Silberwaren, feine Schmuckstücke, abernimm bei sich. Qualität ist unser Ziel.
Walter Müller,
Halle a. S., Goethestraße 4
Telefon 2253.

Frauen
denen b. Störung d. Periode Blutstockung usw. andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sol. Präparate, Marke **Sorgenfrei**
Preisliste mit vielen Denkschriften gegen Mk. 1. Voreinsendung. Generaldepot: **H. Schifer, München, Arnulfstr. 42.**

Halleische Handelshochschul-Kurze
Winterlehrgang 10. Januar — 4. März 1921.
Buchführung Teil I u. II, Bilanzlehre und Güterverkehr, kaufmännisches Rechnen, französische und englische Handelskorrespondenz, **Rechenkursus, Teil I.**
Höherer Ausweis und Vortrag unentgeltlich in den Wirtschaftlichen der Handelskammer, Frankfurt a. M., 3. des Kaufmännischen Vereins, e. V., Große Ulrichstr. 10 von 7-8 Uhr abends, bei drei bis sechs wöchentlichen, Große Ulrichstr. 55, Fern 4244, Fernsprecher 86, Griesstraße 4, die Endenden im Büro des kaufmännischen Seminars; ebenfalls Fachlehrer.
Der Leiter:
Dr. G. Aubin,
Professor der wirtschaftlichen Statistiken an der Universität.

Bücher der Völkerverständigung: eine politische Schrift und ein Roman!
Friedrich Stampfer
Don Verfallens zum Frieden!
Steiner-Jullen:
Wilhelm Picard
3 Mark
Oleg 20 Dramat
Verlag
Stets vorrätig in der
Buchhandlung der „Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstraße 27
und in der
Volksbuchhandlung in Naumburg,
Gr. Marktplatz 10, Ecke Markt.

Allefeinstes blütenweißes Schweine-Schmalz
Stk. 15.50 Mk.
F. H. Krause

Thüringer Wurstwaren
in best. Qualität liefert
Walter Müller,
Halle a. S., Goethestraße 4
Telefon 2253.

Glycerin- u. Gummiblättchen
zu billigen Tagespreisen bei
F. Noah, Seipziger Str. 16.
Ecke Gr. Sandberg.
Hitzunternehmungen.

Raufgesuche
Alle Sorten
Felle, Häute und Wolle
lassen zu höchsten Preisen
Gebr. Danglowitz, Fischerstraße 2,
Für Fellkammer Vorzugspreise.

Rolladen Talosien Markisen
usw. liefert u. repariert
Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8, Ecke Kl. Brauhausstr., erspr. nur noch 5649.

Weingroßhandlung
Albert Richter
Geiststraße 19 + + + Fernsprecher 3949
Zum Silvester u. Neujahr empfehle gut gepflegte
Rot- und Weiß-Weine
sowie ff. Rum, Arrac, Cognac, Likör und prima Punsch.
Einzelerwerb hinten im Hofe rechts.

Spül-Apparate Spülmittel
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstraße 41.

Die Magistratsvorlage über Festlegung der Gemeindeeinkommensteuer angenommen.

Neue Listen für die Minderbemittelten.

Unsere Stadt ist in Finanznöten. Keiner der beiden Stadt wird es heute viel besser gehen. Staatsbeschränkungen von 3/2 bis 4 Millionen Mark sind in Halle bereits vorhanden. 7 Millionen werden vom Stadtbüchlein gebracht, um nur einigermaßen wirtschaftlich zu können. Was macht erinderlich? ... sagt ein Sprichwort. Unseren Magistrat hat die Not nicht sonderlich erinderlich gemacht. „Die Waage muß es bringen“, sagte er sich und arbeitete ein Steuerprojekt aus, das bereits in der letzten Stadtvorordnetenversammlung und darüber ein Beschluß gefaßt wurde, der dem Magistrat nicht gefiel. Die Befreiung des reichssteuerfreien Einkommens ist ein schlechter Witz. Wenn die Steuererhebung aber noch dazu so festgelegt wird, wie in der Magistratsvorlage, auf 6000 Mark, dann ist das eine Ausbeutung der ärmsten Volksschichten, wie sie nicht dümmlicher gedacht werden kann. Es wird nicht allzuviel Menschen in Deutschland geben, die behaupten und beweisen wollen, ein Einkommen von 10 bis 12000 Mark genügt um anständig sein Leben fristen zu können. Obgleich also allgemein die Ansicht vorherrscht — und sie ist völlig begründet — daß zum Existenzminimum ein höheres Einkommen notwendig ist, lehnt der Magistrat eine Steuer fest, die bereits bei einem Betrag von 6000 Mark beginnt. Es ist erkauflich, wobei die kommunale Behörde den Willen zu einer so grenzenlos ungerechten Besteuerung herbeizumanteln. „Zum Leben zu wenig, zum Steuer zahlen aber noch genug“, sagt sich die magistralische Logik.

Die letzte Stadtvorordnetenversammlung faßte den Beschluß, die Steuererhebung auf 10000 Mark festzusetzen. Der Magistrat gab sich jedoch damit nicht zufrieden und legte gestern die neue Vorlage vor. Wie aus dem Sitzungsbericht hervorgeht, wurde sie mit den Stimmen der bürgerlichen Stadtvorordneten angenommen. Der als Stadtvorordneter uneingetretene Herr Schaarschmidt, Oberbürgermeister, stimmte natürlich ebenfalls für die neue Besetzung der minderbemittelten Bevölkerungsschichten und verzichtete damit seine Sitzung als Sozialdemokrat. Ob seine Wähler mit dieser großartigen sozialen Gefährdung zufrieden sind, ist allerdings eine besondere Frage. Die Steuererhebung wäre nicht angenommen worden — wenn die drei Vertreter der Unabhängigen, Herr Hennig, Wolf und Müller, nicht gefehlt hätten. (Frau St. Krüger, die immer so blutige Reden hielt, ist scheinbar „abgetan“.) Die Jerschlichkeit der Arbeiterschaft hat dieser wieder einmal einen bösen Streich gespielt.

Unberodentliche Stadtvorordnetenversammlung

Dienstag, den 28. Dezember.

Der Magistrat Dr. K. eil eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, daß unter Gen. St. Wille die Wahl zum unbesetzten Stadtbüchlein abgelaufen ist und daß demnach der Vorschlag auf unjeren Genossen 3 1/2 a p e fällt, der als St. an die Stelle des Gen. Döhl tritt. — Weiter wird Herr Schaarschmidt (Dem.) als Stadtvorordneter eingetragt.

Punkt 1 der Tagesordnung sieht die Beratung über die neue Magistratsvorlage zur Besteuerung der reichssteuerfreien Einkommensteuern.

Der Magistrat hat dem Beschluß der Stadtvorordnetenversammlung vom 20. d. M. betreffend die Besteuerung der von der Reichseinkommensteuer frei zu lassenden Einkommensteuern nicht zugestimmt und hat der Stadtvorordneten-Vermittlung eine erneute dringende Vorlage gegeben, falls mit dem Antrage, die reichssteuerfreien Einkommensteuern in folgender Weise zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen.

- a) Bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 6000, aber nicht mehr als 8000 M. werden nur die (ehelichen) Einzelsteuerpflichtigen besteuert;
- b) bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 8000, aber nicht mehr als 10000 M. werden nur die Steuerpflichtigen besteuert, zu deren Haushalt keine unterhaltsberechtigten minderjährigen Kinder gehören;
- c) bei einem Einkommen von mehr als 10000, aber nicht mehr als 12000 M. werden nur die Steuerpflichtigen besteuert, zu deren Haushalt höchstens ein unterhaltsberechtigtes minderjähriges Kind gehört;
- d) bei einem Einkommen von mehr als 12000, aber nicht mehr als 14000 M. werden nur die Steuerpflichtigen besteuert, zu deren Haushalt höchstens zwei unterhaltsberechtigten minderjährige Kinder gehören;
- e) bei einem Einkommen von mehr als 14000, aber nicht mehr als 16000 M. werden nur die Steuerpflichtigen besteuert, zu deren Haushalt höchstens drei unterhaltsberechtigten minderjährige Kinder gehören.

Die Steuererhöhungen zu a-e fallen fort, d. h. die Steuer wird ohne Rücksicht auf die Zahl der Kinder erhoben, wenn das steuerpflichtige Einkommen oder Haushaltsangehöriger wahlberechtigter mindestens 25000 M. beträgt.

Bürgermeister S o n d e l ergreift als erster das Wort und erklärt folgendes: Aus der Tatsache, daß wir Ihnen heute schon wieder eine neue Vorlage zugehen lassen, erkennen Sie die Schmiege, richtigen unserer Finanzlage. Was wir heute vorlegen ist unser letztes Wort. Sollte unsere Vorlage abgelehnt werden, so werden wir nicht verfehlen bei den daraus sich ergebenden Schwierigkeiten diejenigen daran zu erinnern, die eine abschnende Haltung einnehmen.

St. W i l l e (Unabh.): Wir beharren auf unserem Standpunkt, erst das Einkommen von 15000 Mark an zu besteuern und lehnen deshalb die Vorlage des Magistrats ab.

St. G r ü n t h e r (Rom.) erklärt sich ebenfalls namens seiner Fraktion gegen die neue Vorlage und sieht zur Vermeidung seiner Stellung aus dem von den Kommunisten sonst sehr beliebenden „Korrespondenz“, dem Generalschörsorsgen der Buchdrucker, viele Zehen ab, die sich mit der elenden wirtschaftlichen Lage der Arbeiter befassen.

Gen. W i l l e r: Nur die außerordentliche Präfektur des St. hat uns vorangetrieben, bei der Beratung über die Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommenssteuern in der vergangenen Stadtvorordnetenversammlung ein Antrag einzubringen, der die Steuererhebung auf 10000 Mark festsetzt. Diese Entscheidung ist uns schwer genug gefallen. Eine weitere Erhöhung der Steuererhebung, so wie dies die neue Vorlage des Magistrats wünscht, ist für uns gänzlich

undisfaktabel. Es wäre verantwortungslos, was es gehandelt, wollten wir die ohnehin kaum noch tragbaren Lasten der Arbeiter durch die Besteuerung des Einkommens unter 10000 M. noch vermehren. Deshalb lehnen wir die Magistratsvorlage ab und beharren auf unserem Standpunkt, unter Zugrundelegung anderer Vorlagen aus der letzten Stadtvorordnetenversammlung. Der Magistrat soll doch endlich einmal dazu übergehen, Steuern von jenen Bevölkerungsschichten zu erheben, die das Geld dazu haben. Gerade die letzten öffentlichen Veranstaltungen in unserer Stadt haben zur Genüge gezeigt, wo der Reichtum ist und über welche Geldmittel er verfügt. Bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten kann jeder Pfennig Einkommen nachgewiesen und befreit werden, nicht aber bei den Kapitalisten. Hier sind Steuerentziehungen leichter möglich. Deshalb ist es eine Ungerechtigkeit, Einkommen, welche unter dem Existenzminimum stehen mit neuen Abgaben zu belegen.

Während noch der Herr St. v. S p i e t t für die Magistratsvorlage, G e l s a r (Unabh.) und H e r z b u r g (Rom.) dagegen gesprochen haben, erfolgt die Abstimmung. Es lesen vor: 1. Die neue Magistratsvorlage, 2. der Antrag Müller und Genossen, den Beschluß der letzten Stadtvorordnetenversammlung zurückzuziehen, der eine Besteuerung von 10000 Mark ab vorzuziehen. Da die Magistratsvorlage der weitgehende Antrag ist, kommt er zuerst zur Abstimmung. Die gesamten bürgerlichen Vertreter erklären sich für die Magistratsvorlage; es sind 29 Stimmen. Dagegen stimmt die gesamte Linke, ebenfalls 29 Stimmen. Der St. Vorsteher K e i l (Demokrat) gibt den Ausschlag, indem er sich für die Vorlage erklärt. Die neue Magistratsvorlage ist somit angenommen.

Es folgen nunmehr noch eine Reihe kleinerer Vorlagen. Für die bessere Benützung der Bedürfnisanstalt an der Tälchstraße ist eine Quanganlage an der Grünbrückstraße hergestellt worden. Die ersten beiden Kosten in Höhe von 3600 M. werden aus Kap. XXIV, 4 bemittelt.

Seit vielen Jahren vor Kriegsbeginn waren im Haushaltsplan des Gaswerks die der Wasserwerke je rd. 20000 M. aus den Mitteln, welche in den Referendats fassen, dem Raturatorium der Gas- und Wasserwerke zur Verfügung gestellt für Ergänzungen und Erweiterungen des Werkes und des Rohrnetzes. Für dieses Jahr hat der Magistrat beim Gaswerk unter XI 60000 M. und 45000 M. unter IX beim Wasserwerk eingestellt. Bei der ungenügenden Geldentwertung reichen aber diese Beträge nicht aus. Die vorgenannten Dispositionen sind verändert und zwar bei Gas von 60000 M. auf 180000 M., bei Wasser von 45000 M. auf 100000 M. und die hierzu notwendigen Beträge aus den Referendats der Gas- und Wasserwerke, die über ausreichende Mittel verfügen, entnommen.

Die nach dem Haushaltsplan des Gaswerks für das Rechnungsjahr 1920 in einzelnen Positionen zur Verfügung stehenden Mittel reichen zur Befriedigung der notwendigen Ausgaben nicht aus. Die Gesamtüberbereitungen werden veranschlagt auf 395000 M. Zur Deckung sind für solche Ausgaben vorzuziehen im Haushaltsplan des Gaswerks schon zumal 1250000 M. vorgezogen. Dieser Betrag ist zunächst zu verwenden. Im übrigen müssen die nötigen Verstärkungen aus dem Ueberfluß des Werks gedeckt werden. Die Stadtvorordneten-Vermittlung wird um Zustimmung ersucht. Bei der erheblichen Mehraufnahme wird bei weiterer normaler Verlauf des Haushaltsjahres voraussichtlich der stetsmäßig vorgezogene Ueberfluß an den Referendats sowie der an die Kammererträge voll erreicht werden. Der Vorlage wird zugestimmt.

Die dem Wasserwerk für das Rechnungsjahr 1920 zur Verfügung stehenden Mittel reichen ebenfalls nicht aus. Die Gesamtüberbereitungen werden hierauf auf 638000 M. veranschlagt. Zur Deckung sind für solche Ausgaben vorzuziehen im laufenden Haushaltsplan des Wasserwerks vorgezogen unter Ausgabe Kap. I A Pol. 25 (Mehrausgaben infolge Vorkörperung) 375000 M., Ausgabe Kap. I A Pol. 29 (Unvorhergesehene Steigerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben) 200000 M. Beide Beträge sind zunächst zu verwenden. Im übrigen müssen die nötigen Verstärkungen aus dem Ueberfluß des Werks gedeckt werden. Die Stadtvorordneten-Vermittlung stimmt dem zu.

Ein Gehalt des hiesigen Vertretervereins um Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt bei Entlassung von Hilfsleitern in den ersten einundzwanzigsten. Schon der Berichterstatter St. W e n d t b r i n g t eine Reihe zur Sprache, die zeigen, daß bei der Entlassung von Hilfsleitern oft recht unzulässig vorgegangen wird. Von den weiteren Rednern werden die Beschwerden der Hilfsleitern noch unterstrichen. St. W o d a (Unabh.) bringt dazu folgenden Antrag ein: Die Stadtvorordneten-Vermittlung wird ersucht, den Magistrat zu bitten, die Eingabe der Hilfsleitern insoweit zu berücksichtigen, daß, wenn die Vertretung mehr als zwei Monate dauert, die Ferien bezahlt werden.

Gen. W i l l e: In dieser Zeit der wirtschaftlichen Nöte habe ich die Bitte an die Schulverwaltung eingereicht, daß sie bei Einstellung von Hilfskräften die soziale Lage der Einzelnen berücksichtigen möchte. Man soll nicht immer nach der Reihenfolge gehen, sondern zuerst jene Damen einstellen, die wirtschaftlich schwach sind. Diesen Wunsch möchte ich hier vorbringen.

Das Gesuch geht unter Berücksichtigung des Antrages an den Magistrat.

In der darauf folgenden geschlossenen Sitzung beschließen sich die Stadtvorordneten mit der Vertretung des Stadtschulrates. Da innerhalb eines Vierteljahres nicht daran gedacht werden kann, den Stadtschulratpositionen genügend zu besetzen, mußte eine vorläufige Beilegung stattfinden. Andere Genossen im Stadtparlament schlugen den Gen. W e d e r I L I I dazu vor; ferner wurden Kreisrichter B u l l e (Dem.) und Studentin v o e (Deutsch-Dem.) vorgeschlagen. Gen. W i l l e erhielt beim ersten Wahlgang 29 Stimmen, Herr B u l l e 10 und Herr W e d e r 20. Die Stichwahl erbrachte für Gen. W i l l e und Herrn W e d e r je 29 Stimmen. Das Los entfiel nunmehr zufällig dem Herrn W e d e r, der somit als vorläufiger Stadtschulrat gewählt ist.

Gegen das Notenhamstern.

Einwanderer besitzen die Höhe des gehamsterten Bankgeldes, d. h. der Banknoten und Geldscheine, die dem öffentlichen Verkehr entgegen und so heute entgegengesetzt sind, am mehr als 10 Milliarden Mark. Dieser Betrag übersteigt das Deutsche Reich, was vor dem Kriege an Banknoten im Umlauf war. Eine Hauptrolle der Notenhamsterei ist, daß die so dem Verkehr entzogenen Geldmittel durch neue ersetzt werden müssen. Und damit wird der Notwendigkeit, neuen Emissionen von alten Seilen geordert

wird, immer neue Arbeit gegeben, die für unsere Finanzlage in verberberbringend ist. Würden sich die Leute, die Banknoten und Darlebensscheinchen in den Kästen sperren, der letzten Konsequenzen ihrer Handlungsweise bewußt sein, sie hätten sich doch von dieser unheilvollen Methode ab lassen. Die letzten Notenhamsterei hat sich jedoch, scheint immer allerdings trotz der Erfahrungen der letzten Jahre noch immer nicht klar zu sein. Das durch Hamstern dem Verkehr entzogene Geld muß durch neues gedruckt ersetzt werden; die Notenpresse ist dadurch nicht nur zu ungenutz, sondern sogar zu gemächlich ä d i g e r A r b e i t g e z w u n g e n. Die Vermehrung der Zahlungsmittel, das Steigen der Papiergeldflut will zudem, wie man in den letzten Jahren beobachten konnte, v e r z e u e r a b auf die Ware und erweitert dadurch die Zahlungsmittel. Der Schaden trifft also neben der Gesellschaft der Bevölkerung auch den Einzelnen. Viele Notenhamsterei können bei ihrem gemeinlichlichen Treiben vor, daß die öffentlichen Geldinstitute, die Banken und Sparkassen, nicht mehr wie in der früheren Zeit die nötige Sicherheit für das eingezahlte Geld bieten können. Dieses Argument ist recht überzeugend und durchschlagend. Die Sparkassen und Banken sind genau so sicher wie vor dem Kriege. Unschärfer ist es jedenfalls im Hinblick auf die Diebstahls- und Feuergefahr, die Geldscheine im Hause zu verwahren.

In der Hauptrolle erfolgt aber die Notenausspeicherung in der Anzahl der Scheine in der Höhe. Die Geldhamsterei haben auf diese Weise am leichtesten ihren Reichtum vor dem Zugriff der Steuerbehörde verbergen zu können. Um einen Teil zu retten, der als Steuerkraftung in der Allgemeinheit abzuführen müßte, erschließen sie leichtsinnig ihren ganzen Reichtum an Bargeld. Angesichts der immer weiter vervollkommenen Methoden der Steuererfassung hat aber der Steuerintendant keineswegs die Sicherheit, daß die Steuerbehörde nicht doch hinter seine Praktiken kommt.

Steuerentziehung ist in Zeiten, wo alles im Inneren des Vierzehnjahrs des Vaterlandes auf eine Gesundung und neues Finanzwesen ankommt, ein Verbrechen, das mit keiner Strafe nach sich zieht. Die gesellschaftlichen Bestimmungen, die immer noch so wenig bekannt sind, lauten deshalb dahin, daß bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögensumsatz oder vom Reichtum vorläufig bestimmte Werte, zumal des Reiches verfallt. Diese Verfalls-erklärung trifft sich insbesondere auch auf Banknoten, die gemindert sind, und deren Wert in den Steuererklärungen veranschlagt werden ist. Zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung hat das Reich einen Betrag von 10 Millionen Mark vorgezogen, die als Belohnungen an Beamte für aufgedeckte Steuerhinterziehungen ausgesetzt sind.

Neues Papiergeld.

In der nächsten Zeit werden, wie mitgeteilt, neue Reichsbanknoten zu 100, 50 und 10 Mark ausgegeben werden. Nach der Beschreibung im Reichsanzeiger ist die neue 100-Marknote ein 100 x 100 Mark auf weißem Papier mit natürlichen Wasserzeichen und Faserfäden von kupferbrauner Farbe im Sudruck hergestellt und 10,8 x 16,2 Zentimeter groß. Damit die besonderen Eigenschaften des Papiers leicht nachprüfbar werden können, sind die Druckbilder der Vorder- und Rückseite so begrenzt, daß rechts und links etwa 13 Zentimeter breite, oben und unten etwa 1 Zentimeter breite Ränder unbedruckt bleiben. Betrachtet man die Note in der Durchsicht (die Schauliste dem Gesicht zugekehrt), so erscheint das fortlaufende Wasserzeichen 100+100+100... auf dem unbedruckten Rande links und rechts, auf dem bedruckten Rande oben und unten, auf dem bedruckten Rande oben und unten, auf dem bedruckten Rande unten und links, auf dem bedruckten Rande unten und rechts. Das eigentliche Wasserzeichen zeigt sich in zwei Seitenansichten und in einem Mittelfeld. Das Druckbild der Rückseite wird durch einen etwa 3/4 Zentimeter breiten Rand eingefasst. Die Grundfarbe ist dunkelblau. Oben rechts und unten links in der Umrahmung steht die Nummer in rotbrauner Farbe. Das eigentliche Wasserzeichen zeigt sich in zwei Seitenansichten und in einem Mittelfeld. Das Druckbild der Rückseite wird durch einen etwa 3/4 Zentimeter breiten Rand eingefasst. Die Grundfarbe ist dunkelblau. Oben rechts und unten links in der Umrahmung steht die Nummer in rotbrauner Farbe. Auf der Mitte der Note befindet sich ein Ovalfeld, das die große Wertziffer „100“ in silberbrauner Farbe mit dunkelbrauner Randlinie und Ziergestaltung enthält. Unter der Zahl stehen die Buchstaben R D. Unterhalb der Zahl des Wort „Mark“, welches in deutscher Schrift.

Die neue Reichsbanknote zu 50 Mark hat eine Größe von 10 x 15 Zentimeter und enthält als Wasserzeichen die Zahl „50“ in zwei verschiedenen Stellungen. Der Hauptdruck bildet Seiten ist in kräftig grüner Farbe ausgeführt. Die Vorderseite zeigt zwei ungleich große Felder, von denen das linke die Aufschrift enthält. Die Rückseite ist in drei rechteckige Felder zerlegt, von denen die beiden äußeren als sinnbildliche Darstellung der Wandwirtschaft und des Gewerbetreibers die kräftigen gehalten eines Mannes mit eines Wärschweren auf aufstrebendem Hintergrunde im Brustbild zeigen.

Die neue Reichsbanknote zu 10 Mark ist endlich 8,4 x 12,6 Zentimeter groß und auf Wasserzeichenpapier mit kupferbraunen Fasern gedruckt. Das Wasserzeichen zeigt sich aus Quadranten und Schreden zusammen, in letzteren tritt die Zahl in vier Wechsstellungen auf. Das Druckbild der Vorderseite ist durch eine kräftige, fattrige Linie umgrenzt. In den vier Ecken steht die Zahl „10“ dunkelbraun mit grün schraffierter Füllung in fast quadratischen, mit hellen Vierzeln geschmückten und dunkelblau getönten Feldern. — Die Rückseite zeigt ein etwa rechteckig begrenztes Pflanzenmuster in olivgrüner Farbe. Es wird oben und unten von zwei mit den Öffnungen gegenüber gelegenen Bogenlinien umschlossen. Die Bogenlinien sind in der Mitte durch einen weichen deutlichen Schnitt der Zierlinie. Oben rechts und unten links steht in dem olivgrünen Rahmen die Zahl „10“ in braunroter Farbe. Oben links und unten rechts befindet sich die Nummer in schwarzer Farbe. In der Mitte befindet sich ein mit rotbrauner Schlangenschnur umsaumtes, fast quadratisches Mittelfeld von eigenartiger dunkler Musterung, das die große Wertziffer „10“ enthält.

Keine Aufhebung der Butterzwangsverteilung.

Von zuständigen Seite wird uns geschrieben:

In weiten Kreisen der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, daß eine Aufhebung der Zwangsverteilung für Butter im kommenden Frühjahr geplant sei. Diese Annahme ist durchaus irrig. Es widerspricht einmal den ausdrücklichen Erklärungen des Reichsernährungsministers Dr. F o r m a n n, monach die Aufhebung der Zwangsverteilung jetzt eine Pause eingetreten sei und a. die Milch und Butter weiter unter der Zwangsverteilung verbleiben müssen. Zweites liegt in dieser Aufstellung eine Verfehlung der Tatsache, daß Milch und Butter organisch zusammengehören. Mit der einseitigen Freigabe der Butter und der damit gegebenen freien Preisbildung würde die Milch vorzugsweise

